



**11. November 2022**

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

### **Inhalt:**

- **Energie muss bezahlbar bleiben**
- **Hartz IV abgeschafft – das Bürgergeld kommt**
- **Erhöhung des Wohngeldes für mehr Geringverdienende**
- **Odenwaldgespräch zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum**
- **Senkung des Wahlalters bei der Europawahl auf 16 Jahre**
- **Bilder der Woche**

## Energie muss bezahlbar bleiben

**Damit alle gut durch den Winter kommen müssen die Kosten für Strom und Heizung bezahlbar bleiben. Dafür hat die Bundesregierung ein starkes Paket in Höhe von 200 Milliarden Euro geschnürt. Dazu kommen weitere Entlastungspaketen mit einem Umfang von fast 100 Milliarden Euro. Diese sind die Grundlage für wirksame Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme.**

Im ersten Schritt übernimmt der Bund die für Dezember fälligen Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme, wodurch insbesondere private Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen sowie soziale Einrichtungen zielgerichtet unterstützt werden. Die eigentliche Preisbremse wird dann spätestens bis zum 1. März 2023 eingeführt. Dabei ist vorgesehen, den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde zu deckeln und bei der Fernwärme auf 9,5 Cent pro Kilowattstunde.

Ab Januar 2023 soll zusätzlich eine Strompreisbremse greifen, die bei Privathaushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen den Strompreis für ein Grundkontingent von 80 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauchs auf 40 Cent pro Kilowattstunde deckeln wird. Zudem sollen Krankenhäuser, Unikliniken, Pflegeeinrichtungen und soziale Dienstleister zusätzliche Unterstützung erfahren. Auch diejenigen die mit anderen Brennstoffen heizen, wie etwa mit Öl oder Holzpellets, und damit nicht direkt von der Gaspreisbremse profitieren, sollen gesondert unterstützt werden.

„Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft gemeinsam durch diesen schwierigen Winter kommen“, so die Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Edgar Franke. „Wir sind uns sicher, dass uns dies mit den getroffenen Regelungen gut gelingen kann.“



## Hartz IV abgeschafft – das Bürgergeld kommt

Mit der Einführung des neuen Bürgergeldes, das zum 1. Januar 2023 in Kraft treten soll, wird eine der größten sozialen Reformen der letzten Jahrzehnte auf den Weg gebracht.

Änderungen sind etwa die deutliche Erhöhung und dauerhafte Krisenfestigkeit der Regelsätze. Auch die Aus- und Weiterbildung wird gestärkt, durch monatliches Weiterbildungsgeld und dem Bürgergeldbonus. Alles, um Menschen besser, schneller und vor allen Dingen langfristig wieder in Arbeit zu bringen. Gleichermaßen soll es Menschen ermöglicht werden, einen Berufsabschluss nachholen zu können, statt eine Hilfstätigkeit übernehmen zu müssen. „Wichtig ist uns einen Sozialstaat zu schaffen, der jedem mit Respekt vor der eigenen Lebensleistung begegnet und Sicherheit und Chance bietet, ein gutes Leben zu führen“, so Esther Dilcher und Edgar Franke.

## Erhöhung des Wohngeldes für mehr Geringverdienende

Die Erhöhung des Wohngeldes hilft Geringverdienenden gezielt dabei, die steigenden Energiekosten besser in den Griff zu bekommen.



**SPD**  
Fraktion im Bundestag

Im Bundestag beschlossen:  
**Mehr Wohngeld für mehr Menschen!**

- Statt 600.000 profitieren künftig **2 Millionen** Haushalte.
- Dauerhafter **Heizkostenzuschuss** und **Klimakomponente** entlasten bei steigenden Wohnkosten. **Damit steigt das Wohngeld** im Schnitt von 180 Euro auf rund 370 Euro pro Monat.
- Gewusst? Wohngeld gibt es sowohl für Mieter:innen als auch für Eigentümer:innen.

Ab dem 1. Januar 2023 verdoppelt sich das Wohngeld im Durchschnitt auf 370 Euro pro Monat. Die Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte steigt sogar von 600.000 auf zwei Millionen. So wird das neue Wohngeld künftig 4,5 Millionen geringverdienende Menschen unterstützen können, darunter Alleinerziehende, Familien und Rentnerinnen und Rentner. Neben der Erweiterung des Bezugskreises und der Steigerung der Auszahlungssumme, sollen zukünftig auch Heizkosten bezuschusst werden. Durch die sogenannte Klimakomponente wird zudem dafür gesorgt, dass eine Übernahme der Kosten von Modernisierungsmaßnahmen erfolgt.

## Odenwaldgespräch zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

**Auf Einladung des Hessischen Landtagsabgeordneten, Rüdiger Holschuh hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Prof. Dr. Edgar Franke, den Odenwaldkreis besucht.**

Zum Gespräch im Gesundheitszentrum Odenwald (GZO) wurde schlüssig dargelegt, dass sich in den letzten Monaten die finanzielle Situation des Krankenhauses, bzw. des Gesundheitszentrums dramatisch entwickelt hat.

Dabei bringt der Odenwaldkreis selbst zur Sicherstellung des Krankenhauses sehr viel Geld auf. Das Kreiskrankenhaus ist immens wichtig und spielt für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region eine entscheidende Rolle in der Gesundheitsversorgung.

Prof. Dr. Edgar Franke stammt als Nordhesse selbst aus dem ländlichen Raum. Somit weiß er, welche Rolle die Klinik für die Menschen auch als Arbeitgeber hat und bringt ein hohes Verständnis für die Beschäftigten mit. Diese sind in Zeiten der Pandemie und aufgrund vieler politischer Vorgaben einer sehr hohen Belastung ausgesetzt.

Der Termin war gut gewählt, denn es gab an diesem Tag positive Nachrichten aus Berlin: Die Krankenhäuser werden vom Bund mit € 8 Milliarden entlastet.

Neben diesen kurzfristigen Hilfen - die auch Liquiditätshilfen für die Energiekosten beinhalten - hat Staatssekretär Franke mittelfristige Veränderungen angekündigt, die es möglich machen, Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum auch künftig in guter Qualität anzubieten.

Insbesondere die Finanzierung über die Sicherstellungszuschläge ist immens wichtig, da sie die Vorhaltekosten der Krankenhäuser im ländlichen Raum abdecken und eine medizinische Versorgung vor Ort gewährleisten.

Die bisherige Finanzierung über die Fallpauschalen ist dafür nicht ausreichend geeignet und hat auch negative Anreize gesetzt. Vor allem die Zahlung der Vorhaltekosten im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin, sowie der Geburtenstation ist grundlegend für deren Erhalt und die gute Versorgung.

Im Anschluss kamen auf Einladung von Rüdiger Holschuh die Beteiligten im Erbacher Brauhaus zum „Odenwaldgespräch“ mit dem Titel „Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“ zusammen.

Im Bild von links:  
Rüdiger Holschuh, Prof.  
Dr. Edgar Franke, Dr.  
med. Erika Ober, Dr.  
med. Alwin Weber und  
Dr. med. Ingo Drehmer  
und Oliver Grobeis, 1.  
Kreisbeigeordneter des  
Odenwaldkreises  
sprachen im gut  
gefüllten Sternensaal  
über die ärztliche  
Versorgung im ländlich  
geprägten Odenwaldkreis.



Die Expertenrunde war sich einig „wir wollen Gleichheit der Lebensverhältnisse und gute ärztliche Versorgung, auch im ländlichen Raum und egal welche politische Couleur – alle möchten das – da war sich die Runde einig.

## **Senkung des Wahlalters bei der Europawahl auf 16 Jahre**

**Mit der Senkung des aktiven Wahlalters für das Europäische Parlament auf 16 Jahre wird es vielen jungen Menschen, die politisches Interesse haben, ermöglicht, sich auf europäischer Ebene für Veränderungen einzusetzen. Sie erhalten die Chance aktiv mitzugestalten und Verantwortung zu tragen.**

Diese Änderung wird aktuell auch auf Bundesebene diskutiert. Gute Gründe sprechen dafür, das aktive Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Dadurch können Jugendliche stärker Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen, von denen sie betroffen sind und das Leben dieser Generation für die kommenden Jahrzehnte prägen wird.



Auch die Wissenschaft erkennt, dass Jugendliche mit 16 Jahren bereit sind, die Reichweite und Verantwortung ihrer Wahlentscheidung abschätzen zu können. „Die große Mehrheit ist hinreichend reif für Wahlen“ sagt etwa der Staatsrechtler Prof. Hermann Heußner. Dafür müsste allerdings eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag zusammenkommen. Zwar sei die Union im Bund bisher gegen eine Wahlaltersabsenkung. Allerdings ist ein Umdenken zu erwarten, so Heußner in einer Presseverlautbarung.

## Bilder der Woche

### Besuch der Europäischen Generalstaatsanwältin Kövesi im Rechtsausschuss

Im Jahr 2017 gründeten 22 Mitgliedsstaaten der EU die Europäische Staatsanwaltschaft, mit der Intention Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union zu bekämpfen. Alleine durch länderübergreifenden Betrug, gehen den EU-Mitgliedsstaaten Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von mindestens 50 Milliarden Euro jährlich verloren.

Im Gespräch mit der Europäischen Generalstaatsanwältin Laura Condruța Kővesi (im Bild rechts neben Esther Dilcher) konnten die Mitglieder einen Einblick in diese wichtige Arbeit bekommen. „Ich bin davon überzeugt, dass die europäische Zusammenarbeit auch in der Strafverfolgung ein wichtiger Schritt ist, um länderübergreifende Straftaten mit allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten entgegentreten zu können“, so die Abgeordnete Esther Dilcher.





Bild links: „Ja“ zum Bürgergeld  
Abstimmung im Deutschen  
Bundestag mit unserem Arbeits-  
und Sozialminister Hubertus Heil  
und den grünen Gesundheits-  
politikerinnen und Gesundheits-  
politikern. Von links: Kirsten  
Kappert-Gonther, Hubertus Heil,  
Kordula Schulz-Asche, Armin Grau  
und Edgar Franke.

Bild rechts: **Edgar Franke im Gespräch mit Landrat  
Wolfgang Schuster (Lahn-Dill-Kreis)** anlässlich des  
Besuchs der Lahn-Dill-Kliniken in Wetzlar auf  
Einladung der stellvertretenden SPD-  
Fraktionsvorsitzenden Dagmar Schmidt zu einem  
Gespräch mit verschiedenen Krankenhausleitungen  
in Mittelhessen.



Bild links: Vortrag + Diskussion  
im Rahmen der **ver.di  
Krankenhaustagung 2022**  
"Zukunft Krankenhaus - Guter  
Versorgung auf der Spur".

## Rede vor dem Bundesrat zum Krankenhauspflegeentlastungsgesetz

Edgar Franke betonte vor dem Bundesrat, dass das Gesetz die Pflege in den



Krankenhäusern stärkt und langfristig dem Fachkräftemangel entgegenwirkt.

„Denn nur, wenn wir die Menschen in der Pflege entlasten, können wir langfristig Menschen für die Pflege begeistern“, betonte Franke.

Das Gesetz wurde vom Bundesrat angenommen.

**Mongolischer Politiker und Unternehmer Dendev Terbishdagva zu Gast in Gudensberg.** Die Stadt Gudensberg pflegt seit rund fünf Jahren eine besondere Beziehung zu dem 3,4 Millionen Einwohner zählenden Land, dank der persönlichen Verbindung von Bürgermeister a.D. Frank Börner zu Terbishdagva. Dieser wurde bei seinem zweiten Besuch in Gudensberg von dem mongolischen Botschafter in Deutschland, seiner Exzellenz Herrn Mandakhbileg Birvaa in den Löwensteinkeller der Gudensberger Altstadt begleitet.

Im Bild von links: Dr. Edgar Franke, Dendev Terbishdagva, Landrat Winfried Becker, MdB Dr. Bettina Hoffmann und seine Exzellenz Mandakhbileg Birvaa.





**So erreichen Sie uns:**

**Esther Dilcher, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-75113  
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:  
Briloner Landstr. 27  
34497 Korbach  
Tel.: 05631-974712  
[www.estherdilcher.de](http://www.estherdilcher.de)

Wahlkreisbüro:  
Bahnhofstraße 26  
34369 Hofgeismar  
Tel.: 05671-5099398

**Dr. Edgar Franke, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-73319  
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:  
Bahnhofstr. 36c  
34582 Borken  
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5  
35066 Frankenberg  
Telefon 06451 717950  
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seiten 2, 3 und 6 Sharepics der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 5 Edgar Franke, Seiten 6 unten Esther Dilcher, Seite 7 Edgar Franke, Seite 8 Screenshots der Rede vor dem Bundesrat siehe <https://www.bundesrat.de/SharedDocs/personen/DE/bundesregierung/bmg/franke-edgar-bmg.html>, Seite 9 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.